

## Antrag

### A1 - neu Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

**Antragssteller\*innen:** KjG, KLJB, Kolpingjugend, DV Limburg

#### Antragstext

1 Angesichts der Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die  
2 Ukraine und die damit einhergehende akute Bedrohung des Friedens in Europa  
3 eingeleitet wurde, sowie mit Blick auf die zunehmend volatile weltpolitische  
4 Lage, geraten Fragen der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik  
5 verstärkt in den Fokus<sup>[1]</sup>. Hinzu kommen autoritäre und militärische Dynamiken  
6 sowie ein spürbarer Rechtsruck in vielen Teilen Europas, die den  
7 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte massiv  
8 herausfordern<sup>[2]</sup>. In dieser Situation wird die Debatte um die Reaktivierung der  
9 allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen  
10 Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt<sup>[3]</sup>.

11 Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht  
12 sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen  
13 Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir  
14 bekräftigen unsere friedensethische Haltung, dass Sicherheit, Frieden und  
15 gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch  
16 freiwilliges, wertorientiertes Engagement, politische Beteiligung und  
17 demokratische Bildung entstehen.

18 Notwendige Verteidigungsfähigkeit ist ohne Wehrpflicht möglich: Es gibt andere  
19 Staaten, Modelle und Expertisen, die zeigen: Eine ausreichend starke und  
20 leistungsfähige Bundeswehr lässt sich u.a. auch durch Freiwillige, Reservisten,  
21 bessere Anreize, Gehälter und Ausstattung aufbauen.

22 Wir setzen uns für eine starke und resiliente Gesellschaft ein. Dazu gehört für  
23 uns die Stärkung von freiwilligen Engagement in Zivilgesellschaft,  
24 Katastrophenschutz und auch in der Bundeswehr. In der aktuellen Debatte sind uns  
25 folgende Aspekte wichtig:

#### 1. **Freiwilligkeit statt Pflicht.**

26 Junge Menschen dürfen nicht zu einem Dienst gezwungen werden. Ein  
27 allgemeiner Pflichtdienst, unabhängig, ob militärisch, in  
28 zivilgesellschaftlichen Diensten oder Hilfsorganisationen (sogenannte  
29 Blaulichtorganisationen), ist ein tiefer Eingriff in die Grund- und  
30 Freiheitsrechte und widerspricht unserer Vorstellung einer  
31 selbstbestimmten und solidarischen Gesellschaft. Er würde junge Menschen  
32  
33

34 entmündigen, anstatt sie zu befähigen, freiwillig Verantwortung zu  
35 übernehmen. Eine Musterung darf zudem nur dann erfolgen, wenn eine Person  
36 grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren  
lehnen wir klar ab.

## 37 2. **Stärkung der Freiwilligendienste.**

38 Die Jugendverbände und Freiwilligendienste zeigen seit Jahrzehnten, dass  
39 Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht. Der Bund und  
40 die Länder müssen bestehende Freiwilligendienste (wie FSJ, FÖJ, IJFD, BFD,  
41 weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich  
42 absichern. Dazu gehört ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Förderung jeder  
43 abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,  
44 Trägern und Einsatzstellen und ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld  
45 mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen[4]. Wir schließen  
46 uns der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an.  
47 Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der sozialen  
48 Herkunft sein, um soziale Hürden abzubauen[5]. **Zur Gleichwertigkeit dieser  
49 Engagementformen zählt zudem, dass Anschreiben an junge Menschen nicht nur  
50 über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend  
51 über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese  
52 verweisen. Nur so entsteht echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die  
53 im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus von Klassismus unbedingt  
54 gewährleistet werden muss.**

## 55 3. **Politische Verantwortung und Beteiligung**

56 Junge Menschen und ihre Verbände müssen dauerhaft, verbindlich und wirksam  
57 in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre Gegenwart und  
58 Zukunft betreffen. Dies beinhaltet, mit jungen Menschen zu sprechen, ihre  
59 Perspektiven ernst zu nehmen und sie systematisch an politischen  
60 Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt in aktuellen Debatten um Wehrdienst  
61 den Wehrdienst besonders.

62  
63 Wir fordern deshalb die Absenkung des Wahlalters für junge Menschen[6], um  
64 politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen  
65 Jugendverbände als zentrale Ort demokratischer Bildung, Mitbestimmung und  
66 Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse  
67 eingebunden werden.

68  
69 Dafür braucht es verbindliche Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen,  
70 dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aktiv Einfluss auf  
71 politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und  
72 Stellungnahmen von Jugendverbänden – insbesondere im Rahmen der  
73 Verbändebeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren – müssen spürbar  
74 berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und  
junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur\*innen  
anerkannt.

75 **4. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.**

76 Engagement-, sicherheits- und sozialpolitische Diskurse müssen nicht nur  
77 zusammengedacht, sondern so gestaltet werden, dass feministische  
78 Perspektiven systematisch einbezogen und gestärkt werden. In den Debatten  
79 um Wehrdienst ist daher zu berücksichtigen, welche sozialen, ökonomischen  
80 und strukturellen Auswirkungen solche Modelle auf Bildungs- und  
81 Erwerbsbiografien sowie Lebensverläufe junger Menschen haben –  
82 insbesondere im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Dabei bedeutet  
83 Geschlechtergerechtigkeit nicht, alle gleich zu behandeln, sondern die  
84 unterschiedlichen Lebensrealitäten, Chancen und Belastungen von Menschen  
85 gerecht zu berücksichtigen.

86 **5. Notwendige Begleitstrukturen.** Psychologische, seelsorgliche,  
87 berufsvorbereitende und sozialpädagogische Begleitstrukturen müssen ein  
88 zentrales Element für Menschen in allen Dienstesein. Dafür müssen die  
89 bestehenden Anlaufstellen und Träger systematisch unterstützt und  
90 ausgebaut werden. Hierzu gehört ebenso der Ausbau von diskriminierungs- und  
91 rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und  
92 Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

93 **Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt,**  
94 **formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die**  
95 **Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht. In**  
96 **diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswährend und**  
97 **verantwortungsvoll erfolgen. Unsere Position gründet auf einer über 70jährigen**  
98 **Befassung mit friedensehntischen Fragestellungen sowie einer jahrezehntelangen**  
99 **Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen und militärischen Diensten aus**  
100 **jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive. Vor diesem Hintergrund haben**  
101 **wir eine klare Haltung entwickelt. Folgende Aspekte müssen in der aktuellen**  
102 **Debatte Berücksichtigung finden:**

103 **5. Gleichwertigkeit** aller Dienste.

104 Alle Dienste in zivilgesellschaftlichen, militärischen sowie die  
105 Helfendienste (sogenannte Blaulichtorganisationen) müssen finanziell,  
106 strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt  
107 werden. Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize  
108 für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus  
109 sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt  
110 werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig  
111 finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.

112 Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell.  
113 Dieses Modell betrachtet Freiwilligendienste (basierend auf den  
114 geforderten Rahmenbedingungen eines Rechtsanspruchs) und den Wehrdienst  
115 neben anderen Formen institutionalisierten Ehrenamts als gleichwertig  
116 ausgestaltete Säulen des Engagements, zwischen denen junge Menschen  
117 gleichberechtigt wählen können. Einen Wehrrersatzdienst in Form eines

118 Zivildiensts als weiteres Format braucht es in diesem Modell nicht.  
119 Zur Gleichwertigkeit zählt auch, dass die Anschreiben an junge Menschen  
120 nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso  
121 umfassend über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf  
122 diese verweisen. Nur dies schafft eine echte Wahlfreiheit zwischen den  
123 Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus des Klassismus  
124 unbedingt ermöglicht werden muss. Darüber hinaus werden bereits geleistete  
125 Dienste und ehrenamtliches Engagement in angemessener Form berücksichtigt  
126 und anerkannt.

#### 127 **6. Generationengerechtigkeit.**

128 Gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen erfordern gemeinsames  
129 Handeln und Solidarität über alle Altersgruppen hinweg. Es darf nicht  
130 allein an jungen Menschen liegen, Verantwortung zu übernehmen und die  
131 Folgen politischer oder gesellschaftlicher Krisen zu kompensieren, wie es  
132 in der Vergangenheit schon der Fall war [6]. **Generationengerechtigkeit**  
133 muss Kompass politischer Verantwortung sein. Dies bedeutet, Sicherheit,  
134 Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt solidarisch über alle  
135 Altersgruppen hinweg zu tragen. Deshalb sollen nicht nur junge Menschen in  
136 die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller  
137 Generationen.

#### 138 **7. Notwendige Begleitstrukturen.**

139 Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die  
140 tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen  
141 können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische  
142 Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht  
143 auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie  
144 wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.  
145 Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht  
146 zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen  
147 Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.  
148 Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne"  
149 gezielt für junge Soldat\*innen. Dabei bieten wir politische und ethische  
150 Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform"  
151 stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für  
152 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich  
153 als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil  
154 unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im  
155 militärischen Umfeld. [\[9\]](#)

156 Als überzeugte Christ\*innen und Europäer\*innen halten wir an unseren Zielen und  
157 Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an  
158 Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:

159 Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung,  
160 Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene. [\[10\]](#) Darüber

161 hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht- und Militärlogik,  
162 eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und  
163 Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von  
164 Frieden.[\[11\]](#) Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer  
165 Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte,  
166 zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt.  
167 Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische  
168 Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

169 Wir fordern die Mitglieder des deutschen Bundestages, insbesondere den  
170 Bundesverteidigungsminister und den Bundeskanzler dazu auf, die Perspektive  
171 junger Menschen ernst zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen. Wir fordern  
172 die Bundesjugendministerin zudem dazu auf, sich in allen Anliegen, die  
173 insbesondere junge Menschen betreffen, sich für diese einzusetzen und eine  
174 starke Stimme für sie im Bundeskabinett zu sein.

175 Wir fordern die Deutsche Bischofskonferenz auf, ihre im Oktober 2025  
176 beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte[\[13\]](#) verstärkt in die politische  
177 Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven  
178 und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

179 Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten  
180 können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Wenn diese durch die  
181 entsprechenden Rahmenbedingungen[\[14\]](#) gefördert werden, ergeben sich nachhaltige  
182 Anreize für langfristiges freiwilliges gesellschaftliches Engagement.

183 [\[1\]https://www.tagesschau.de/thema/ukraine](https://www.tagesschau.de/thema/ukraine)

184 [\[2\]https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html)  
185 [rechtsruck-100.html](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html); [https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html)  
186 [rechtsruck-100.html](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html);

187 [\[3\]https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U](https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U);  
188 <https://www.tagesschau.de/thema/wehrpflicht>

189 [\[4\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
190 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

191 [\[5\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
192 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

193 [\[6\]](#) „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
194 der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-  
195 Hauptversammlung 2019.

196 [\[7\]](#) Wie z.B. der Corona-Pandemie oder der Klimakrise, vermehrte Belastung des  
197 Generationenvertrags durch den demografischen Wandel.

198 [\[8\]](#) „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
199 der BDKJ-Hauptversammlung von 2025.

200 [\[9\]https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne](https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne)

201 [\[10\]](#) „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDKJ-  
202 Hauptversammlung 2016.

203 [\[11\]](#) „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln –  
204 Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung  
205 2019.

206 [\[12\]](#) „Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken“,  
207 Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.

208 [\[13\]https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2025/2025-  
209 167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf)

210 [\[14\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
211 BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Ehrenamt anerkennen – Engagement fördern und  
212 würdigen“, Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2017.

## **Begründung**

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird seit Frühjahr 2025 wieder intensiv politisch diskutiert. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der eine verpflichtende Wehreffassung ab 2026 und eine Musterung ab 2027 vorsieht. Die Union hat nun sogar die Debatte um einen sofortigen Pflichtdienst ohne freiwilligen Faktor neu aufgewärmt. Diese Entwicklung stellt einen massiven jugendpolitischen Rückschritt dar und verlangt eine klare Positionierung des BDKJ. Kritiker\*innen und Befürworter\*innen betonen, dass viele Weichenstellungen noch 2025 fallen werden. Außerdem erhalten bereits jetzt der BDKJ und seine Mitgliedsverbände zunehmend Nachfragen zu diesem Thema.

Der letzte Beschluss zur Wehrpflicht stammt aus dem Jahr 2002. Er forderte bereits damals die Aussetzung der Wehrpflicht aus jugend- und friedenspolitischen Gründen. Die damaligen Argumente, wie eingeschränkte Grundrechte, fehlende Wehrgerechtigkeit und das Ende der sicherheitspolitischen Bedrohungslage, sind bis heute gültig. Sie müssen jedoch im Lichte neuer Herausforderungen fortgeschrieben werden.

### **1. Freiwilligkeit als Grundlage jugendgerechter Gesellschaft**

Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von Eigenverantwortung, Solidarität und Demokratie. Diese Werte stehen im Zentrum der Jugendverbandsarbeit. Ein Pflichtdienst, ob militärisch oder zivil, widerspricht dieser Logik. Er entmündigt junge Menschen, anstatt sie zu befähigen, Verantwortung freiwillig zu übernehmen. Die Jugendverbände zeigen seit Jahrzehnten, dass Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht.

### **2. Friedens- und sicherheitspolitische Perspektive**

Friedens- und Konfliktforschung betonen, dass dauerhafte Sicherheit nicht durch Zwang und Militarisierung, sondern durch Prävention, Diplomatie, Bildung und soziale Gerechtigkeit entsteht. Friedenssicherung bedeutet, Ursachen von Konflikten (Armut, Ungleichheit, Klimakrisen, Diskriminierung) zu bekämpfen, anstatt militärisch zu reagieren. Der BDKJ steht für eine zivile Sicherheitspolitik, die auf internationale Kooperation, Versöhnung und Menschenrechte setzt.

### **3. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit**

Ein Modell, das nur junge Männer erfasst, widerspricht den Grundwerten der Gleichberechtigung. Eine Ausweitung auf alle Geschlechter würde jedoch die Freiheitsrechte aller jungen Menschen massiv

einschränken. Der BDKJ lehnt beides ab und fordert gleichstellungspolitisch konsequente Alternativen: Freiwilligendienste, politische Bildung und Engagementförderung.

#### **4. Freiwilligendienste als gelebte Solidarität**

Die Freiwilligendienste leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung, sozialen Gerechtigkeit und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie sind die friedliche, solidarische Alternative zur Wehrpflicht. Ein Rechtsanspruch auf Förderung und eine sozial gerechte Finanzierung sind notwendig, damit alle jungen Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft teilnehmen können.

#### **5. Jugendgerechtigkeit und Teilhabe**

Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft nimmt die Perspektiven junger Menschen ernst. Sie schafft Freiräume statt Zwänge, fördert Bildung statt Musterung und setzt auf Engagement statt Pflicht. Junge Menschen sind Friedensakteur\*innen – keine Ressource für sicherheitspolitische Symbolpolitik.

## Antrag

# A1 - Sicherung Hauptausschuss Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

**Antragssteller\*innen:** KJG, KLJB, Kolpingjugend, DV Limburg

## Antragstext

1 Angesichts der Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die  
2 Ukraine und die damit einhergehende akute Bedrohung des Friedens in Europa  
3 eingeleitet wurde, sowie mit Blick auf die zunehmend volatile weltpolitische  
4 Lage, geraten Fragen der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik  
5 verstärkt in den Fokus<sup>[1]</sup>. Hinzu kommen autoritäre und militärische Dynamiken  
6 sowie ein spürbarer Rechtsruck in vielen Teilen Europas, die den  
7 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte massiv  
8 herausfordern<sup>[2]</sup>. In dieser Situation wird die Debatte um die Reaktivierung der  
9 allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen  
10 Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt<sup>[3]</sup>.

11 Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht  
12 sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen  
13 Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir  
14 bekräftigen unsere friedensethische Haltung, dass Sicherheit, Frieden und  
15 gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch  
16 freiwilliges, wertorientiertes Engagement, politische Beteiligung und  
17 demokratische Bildung entstehen.

18 Notwendige Verteidigungsfähigkeit ist ohne Wehrpflicht möglich: Es gibt andere  
19 Staaten, Modelle und Expertisen, die zeigen: Eine ausreichend starke und  
20 leistungsfähige Bundeswehr lässt sich u.a. auch durch Freiwillige, Reservisten,  
21 bessere Anreize, Gehälter und Ausstattung aufbauen.

22 Wir setzen uns für eine starke und resiliente Gesellschaft ein. Dazu gehört für  
23 uns die Stärkung von freiwilligen Engagement in Zivilgesellschaft,  
24 Katastrophenschutz und auch in der Bundeswehr. In der aktuellen Debatte sind uns  
25 folgende Aspekte wichtig:

### 1. **Freiwilligkeit statt Pflicht.**

26 Junge Menschen dürfen nicht zu einem Dienst gezwungen werden. Ein  
27 allgemeiner Pflichtdienst, unabhängig, ob militärisch, in  
28 zivilgesellschaftlichen Diensten oder Hilfsorganisationen (sogenannte  
29 Blaulichtorganisationen), ist ein tiefer Eingriff in die Grund- und  
30 Freiheitsrechte und widerspricht unserer Vorstellung einer  
31 selbstbestimmten und solidarischen Gesellschaft. Er würde junge Menschen  
32  
33

34 entmündigen, anstatt sie zu befähigen, freiwillig Verantwortung zu  
35 übernehmen. Eine Musterung darf zudem nur dann erfolgen, wenn eine Person  
36 grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren  
lehnen wir klar ab.

## 37 2. **Stärkung der Freiwilligendienste.**

38 Die Jugendverbände und Freiwilligendienste zeigen seit Jahrzehnten, dass  
39 Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht. Der Bund und  
40 die Länder müssen bestehende Freiwilligendienste (wie FSJ, FÖJ, IJFD, BFD,  
41 weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich  
42 absichern. Dazu gehört ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Förderung jeder  
43 abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,  
44 Trägern und Einsatzstellen und ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld  
45 mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen[4]. Wir schließen  
46 uns der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an.  
47 Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der sozialen  
48 Herkunft sein, um soziale Hürden abzubauen[5]. **Zur Gleichwertigkeit dieser  
49 Engagementformen zählt zudem, dass Anschreiben an junge Menschen nicht nur  
50 über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend  
51 über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese  
52 verweisen. Nur so entsteht echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die  
53 im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus von Klassismus unbedingt  
54 gewährleistet werden muss.**

## 55 3. **Politische Verantwortung und Beteiligung**

56 Junge Menschen und ihre Verbände müssen dauerhaft, verbindlich und wirksam  
57 in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre Gegenwart und  
58 Zukunft betreffen. Dies beinhaltet, mit jungen Menschen zu sprechen, ihre  
59 Perspektiven ernst zu nehmen und sie systematisch an politischen  
60 Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt in aktuellen Debatten um Wehrdienst  
61 den Wehrdienst besonders.

62  
63 Wir fordern deshalb die Absenkung des Wahlalters für junge Menschen[6], um  
64 politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen  
65 Jugendverbände als zentrale Ort demokratischer Bildung, Mitbestimmung und  
66 Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse  
67 eingebunden werden.

68  
69 Dafür braucht es verbindliche Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen,  
70 dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aktiv Einfluss auf  
71 politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und  
72 Stellungnahmen von Jugendverbänden – insbesondere im Rahmen der  
73 Verbändebeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren – müssen spürbar  
74 berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und  
junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur\*innen  
anerkannt.

75 **4. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.**

76 Engagement-, sicherheits- und sozialpolitische Diskurse müssen nicht nur  
77 zusammengedacht, sondern so gestaltet werden, dass feministische  
78 Perspektiven systematisch einbezogen und gestärkt werden. In den Debatten  
79 um Wehrdienst ist daher zu berücksichtigen, welche sozialen, ökonomischen  
80 und strukturellen Auswirkungen solche Modelle auf Bildungs- und  
81 Erwerbsbiografien sowie Lebensverläufe junger Menschen haben –  
82 insbesondere im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Dabei bedeutet  
83 Geschlechtergerechtigkeit nicht, alle gleich zu behandeln, sondern die  
84 unterschiedlichen Lebensrealitäten, Chancen und Belastungen von Menschen  
85 gerecht zu berücksichtigen.

86 **5. Notwendige Begleitstrukturen.** Psychologische, seelsorgliche,  
87 berufsvorbereitende und sozialpädagogische Begleitstrukturen müssen ein  
88 zentrales Element für Menschen in allen Dienstesein. Dafür müssen die  
89 bestehenden Anlaufstellen und Träger systematisch unterstützt und  
90 ausgebaut werden. Hierzu gehört ebenso der Ausbau von diskriminierungs- und  
91 rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und  
92 Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

93 **Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt,**  
94 **formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die**  
95 **Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht. In**  
96 **diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswährend und**  
97 **verantwortungsvoll erfolgen. Unsere Position gründet auf einer über 70jährigen**  
98 **Befassung mit friedensehntischen Fragestellungen sowie einer jahrezehntelangen**  
99 **Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen und militärischen Diensten aus**  
100 **jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive. Vor diesem Hintergrund haben**  
101 **wir eine klare Haltung entwickelt. Folgende Aspekte müssen in der aktuellen**  
102 **Debatte Berücksichtigung finden:**

103 **5. Gleichwertigkeit** aller Dienste.

104 Alle Dienste in zivilgesellschaftlichen, militärischen sowie die  
105 Helfendienste (sogenannte Blaulichtorganisationen) müssen finanziell,  
106 strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt  
107 werden. Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize  
108 für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus  
109 sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt  
110 werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig  
111 finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.

112 Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell.  
113 Dieses Modell betrachtet Freiwilligendienste (basierend auf den  
114 geforderten Rahmenbedingungen eines Rechtsanspruchs) und den Wehrdienst  
115 neben anderen Formen institutionalisierten Ehrenamts als gleichwertig  
116 ausgestaltete Säulen des Engagements, zwischen denen junge Menschen  
117 gleichberechtigt wählen können. Einen Wehrrersatzdienst in Form eines

118 Zivildiensts als weiteres Format braucht es in diesem Modell nicht.  
119 Zur Gleichwertigkeit zählt auch, dass die Anschreiben an junge Menschen  
120 nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso  
121 umfassend über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf  
122 diese verweisen. Nur dies schafft eine echte Wahlfreiheit zwischen den  
123 Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus des Klassismus  
124 unbedingt ermöglicht werden muss. Darüber hinaus werden bereits geleistete  
125 Dienste und ehrenamtliches Engagement in angemessener Form berücksichtigt  
126 und anerkannt.

#### 127 **6. Generationengerechtigkeit.**

128 Gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen erfordern gemeinsames  
129 Handeln und Solidarität über alle Altersgruppen hinweg. Es darf nicht  
130 allein an jungen Menschen liegen, Verantwortung zu übernehmen und die  
131 Folgen politischer oder gesellschaftlicher Krisen zu kompensieren, wie es  
132 in der Vergangenheit schon der Fall war [6]. **Generationengerechtigkeit**  
133 muss Kompass politischer Verantwortung sein. Dies bedeutet, Sicherheit,  
134 Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt solidarisch über alle  
135 Altersgruppen hinweg zu tragen. Deshalb sollen nicht nur junge Menschen in  
136 die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller  
137 Generationen.

#### 138 **7. Notwendige Begleitstrukturen.**

139 Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die  
140 tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen  
141 können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische  
142 Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht  
143 auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie  
144 wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.  
145 Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht  
146 zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen  
147 Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.  
148 Als positives Beispiel engagiert sich der BDKJ mit der "aktion kaserne"  
149 gezielt für junge Soldat\*innen. Dabei bieten wir politische und ethische  
150 Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform"  
151 stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für  
152 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich  
153 als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil  
154 unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im  
155 militärischen Umfeld. [\[9\]](#)

156 Als überzeugte Christ\*innen und Europäer\*innen halten wir an unseren Zielen und  
157 Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an  
158 Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:

159 Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung,  
160 Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene. [\[10\]](#) Darüber

161 hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht- und Militärlogik,  
162 eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und  
163 Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von  
164 Frieden.[\[11\]](#) Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer  
165 Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte,  
166 zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt.  
167 Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische  
168 Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

169 Wir fordern die Mitglieder des deutschen Bundestages, insbesondere den  
170 Bundesverteidigungsminister und den Bundeskanzler dazu auf, die Perspektive  
171 junger Menschen ernst zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen. Wir fordern  
172 die Bundesjugendministerin zudem dazu auf, sich in allen Anliegen, die  
173 insbesondere junge Menschen betreffen, sich für diese einzusetzen und eine  
174 starke Stimme für sie im Bundeskabinett zu sein.

175 Wir fordern die Deutsche Bischofskonferenz auf, ihre im Oktober 2025  
176 beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte[\[13\]](#) verstärkt in die politische  
177 Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven  
178 und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

179 Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten  
180 können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Wenn diese durch die  
181 entsprechenden Rahmenbedingungen[\[14\]](#) gefördert werden, ergeben sich nachhaltige  
182 Anreize für langfristiges freiwilliges gesellschaftliches Engagement.

183 [\[1\]https://www.tagesschau.de/thema/ukraine](https://www.tagesschau.de/thema/ukraine)

184 [\[2\]https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html)  
185 [rechtsruck-100.html](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html); [https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html)  
186 [rechtsruck-100.html](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html);

187 [\[3\]https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U](https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U);  
188 <https://www.tagesschau.de/thema/wehrpflicht>

189 [\[4\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
190 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

191 [\[5\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
192 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

193 [\[6\]](#) „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
194 der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-  
195 Hauptversammlung 2019.

196 [\[7\]](#) Wie z.B. der Corona-Pandemie oder der Klimakrise, vermehrte Belastung des  
197 Generationenvertrags durch den demografischen Wandel.

198 [\[8\]](#) „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
199 der BDKJ-Hauptversammlung von 2025.

200 [\[9\]https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne](https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne)

201 [\[10\]](#) „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDKJ-  
202 Hauptversammlung 2016.

203 [\[11\]](#) „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln –  
204 Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung  
205 2019.

206 [\[12\]](#) „Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken“,  
207 Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.

208 [\[13\]https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2025/2025-  
209 167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf)

210 [\[14\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
211 BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Ehrenamt anerkennen – Engagement fördern und  
212 würdigen“, Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2017.

## **Begründung**

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird seit Frühjahr 2025 wieder intensiv politisch diskutiert. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der eine verpflichtende Wehreffassung ab 2026 und eine Musterung ab 2027 vorsieht. Die Union hat nun sogar die Debatte um einen sofortigen Pflichtdienst ohne freiwilligen Faktor neu aufgewärmt. Diese Entwicklung stellt einen massiven jugendpolitischen Rückschritt dar und verlangt eine klare Positionierung des BDKJ. Kritiker\*innen und Befürworter\*innen betonen, dass viele Weichenstellungen noch 2025 fallen werden. Außerdem erhalten bereits jetzt der BDKJ und seine Mitgliedsverbände zunehmend Nachfragen zu diesem Thema.

Der letzte Beschluss zur Wehrpflicht stammt aus dem Jahr 2002. Er forderte bereits damals die Aussetzung der Wehrpflicht aus jugend- und friedenspolitischen Gründen. Die damaligen Argumente, wie eingeschränkte Grundrechte, fehlende Wehrgerechtigkeit und das Ende der sicherheitspolitischen Bedrohungslage, sind bis heute gültig. Sie müssen jedoch im Lichte neuer Herausforderungen fortgeschrieben werden.

### **1. Freiwilligkeit als Grundlage jugendgerechter Gesellschaft**

Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von Eigenverantwortung, Solidarität und Demokratie. Diese Werte stehen im Zentrum der Jugendverbandsarbeit. Ein Pflichtdienst, ob militärisch oder zivil, widerspricht dieser Logik. Er entmündigt junge Menschen, anstatt sie zu befähigen, Verantwortung freiwillig zu übernehmen. Die Jugendverbände zeigen seit Jahrzehnten, dass Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht.

### **2. Friedens- und sicherheitspolitische Perspektive**

Friedens- und Konfliktforschung betonen, dass dauerhafte Sicherheit nicht durch Zwang und Militarisierung, sondern durch Prävention, Diplomatie, Bildung und soziale Gerechtigkeit entsteht. Friedenssicherung bedeutet, Ursachen von Konflikten (Armut, Ungleichheit, Klimakrisen, Diskriminierung) zu bekämpfen, anstatt militärisch zu reagieren. Der BDKJ steht für eine zivile Sicherheitspolitik, die auf internationale Kooperation, Versöhnung und Menschenrechte setzt.

### **3. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit**

Ein Modell, das nur junge Männer erfasst, widerspricht den Grundwerten der Gleichberechtigung. Eine Ausweitung auf alle Geschlechter würde jedoch die Freiheitsrechte aller jungen Menschen massiv

einschränken. Der BDKJ lehnt beides ab und fordert gleichstellungspolitisch konsequente Alternativen: Freiwilligendienste, politische Bildung und Engagementförderung.

#### **4. Freiwilligendienste als gelebte Solidarität**

Die Freiwilligendienste leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung, sozialen Gerechtigkeit und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie sind die friedliche, solidarische Alternative zur Wehrpflicht. Ein Rechtsanspruch auf Förderung und eine sozial gerechte Finanzierung sind notwendig, damit alle jungen Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft teilnehmen können.

#### **5. Jugendgerechtigkeit und Teilhabe**

Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft nimmt die Perspektiven junger Menschen ernst. Sie schafft Freiräume statt Zwänge, fördert Bildung statt Musterung und setzt auf Engagement statt Pflicht. Junge Menschen sind Friedensakteur\*innen – keine Ressource für sicherheitspolitische Symbolpolitik.

## Antrag

# DA - Alternativantrag Überprüfung unserer Positionierungen zu Freiwilligen- und Pflichtdiensten in sicherheitspolitisch herausfordernden Zeiten

**Antragssteller\*innen:** BDKJ Bundesvorstand (dort beschlossen am: 07.11.2025)

## Antragstext

1 Der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) begrüßt, dass die  
2 Bundesregierung trotz der herausfordernden sicherheitspolitischen Lage derzeit  
3 eine Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht vermeiden möchte und höchstens  
4 als Ultima Ratio in Betracht zieht. Aus jugend- und gesellschaftspolitischer  
5 Perspektive sehen wir Freiwilligendienste und einen freiwilligen Wehrdienst als  
6 bessere und nachhaltigere Option für eine resiliente Gesellschaft, unsere  
7 Verteidigung und die vielfältigen Lebensrealitäten junger Menschen an. In einer  
8 sich dynamisch verändernden Situation und Debatte möchten wir stets  
9 gesellschaftliche Resilienz, Generationen- und Geschlechtergerechtigkeit, sowie  
10 möglichst viel freiwilliges Engagement von jungen Menschen verwirklichen.

11 Angesichts von Kriegen, wachsender Instabilität und sicherheitspolitischen  
12 Herausforderungen sehen wir die Notwendigkeit, unsere friedens- und  
13 sicherheitspolitischen Positionen weiterzuentwickeln und unsere Haltung in der  
14 öffentlichen Debatte zu verdeutlichen.

15 Als katholische Jugendverbände stehen wir in einer langen Tradition  
16 friedensethischer Verantwortung. Frieden fördern, Gerechtigkeit sichern und  
17 Menschenrechte schützen sind Grundaufträge christlicher Friedensethik. Diese  
18 leiten unser Handeln auch in Zeiten wachsender Spannungen und Unsicherheiten.  
19 Der BDKJ bekennt sich zur aktiven Gestaltung von Frieden durch Diplomatie,  
20 zivile Krisenprävention, geschlechtergerechte und inklusive gesellschaftliche  
21 Strukturen, gesellschaftliche Resilienz und zur Verantwortung der Bündnis- und  
22 Landesverteidigung. [\[1\]](#)

23 Zugleich ist klar: Friedenspolitik braucht Sicherheit, aber Sicherheit darf  
24 nicht allein militärisch verstanden werden. Eine friedensethische Politik stärkt  
25 Bildung, Teilhabe, Demokratie, Gerechtigkeit und internationale Zusammenarbeit  
26 als Grundlage dauerhafter Sicherheit und schützt damit Menschenwürde, gerechte  
27 Lebensbedingungen sowie die Freiheit von Diskriminierung und Gewalt in allen  
28 Lebensbereichen.

29 Unsere aktuellen Beschlüsse bilden die Grundlage unserer Position in der  
30 aktuellen sicherheitspolitischen Debatte:

- 31 • Wir sprechen uns gegen eine Reaktivierung der Wehrpflicht und gegen die  
32 Einführung eines allgemeinen Pflichtdienstes aus. Nur Freiwilligkeit

33 motiviert, befähigt und stärkt das gesellschaftliche Engagement  
34 nachhaltig. Statt Druck auf die junge Generation aufzubauen, sollte  
35 begeistert und mit attraktiven Rahmenbedingungen überzeugt werden.[\[2\]](#)

- 36 • Pflichtdienste erzeugen soziale Ungleichheiten und schränken  
37 Selbstbestimmung ein. Eine jugendgerechte Gesellschaft setzt auf Teilhabe,  
38 Freiwilligkeit und faire Rahmenbedingungen.[\[3\]](#)
- 39 • Jeder junge Mensch soll die Möglichkeit haben, sich freiwillig zu  
40 engagieren unabhängig von sozialer Herkunft oder finanziellen  
41 Möglichkeiten. Ein solcher Rechtsanspruch auf Förderung in Umsetzung der  
42 gemeinsamen verbandlichen Vision 2030[\[4\]](#) für eine Kultur  
43 selbstverständlicher Freiwilligkeit bleibt auch im Falle einer etwaigen  
44 Reaktivierung der Wehrpflicht zentral[\[5\]](#)
- 45 • Wir setzen uns für zivile und internationale Friedensarbeit ein und  
46 fordern eine Stärkung von internationalen Begegnungs- und  
47 Bildungsprogrammen.[\[6\]](#)
- 48 • Wir setzen uns schon heute für politische Bildung, die Begleitung junger  
49 Soldat\*innen und gute Rahmenbedingungen im Wehrdienst ein.[\[7\]](#)

50 Vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Entwicklungen setzen  
51 wir uns als BDKJ vertieft mit den Fragen von Wehrpflicht und Wehrdienst sowie  
52 den damit verbundenen Herausforderungen für Freiwilligkeit, gesellschaftlichen  
53 Zusammenhalt und Resilienz auseinander. Der BDKJ bringt sich aktiv in diese  
54 Weiterentwicklung im Sinne einer pluralen, demokratischen Gesellschaft ein.

55 Darum wollen wir uns innerverbandlich folgenden Fragestellungen widmen und uns  
56 damit weiter in die gesellschaftliche Debatte einbringen:

- 57 • Wie können feministische Perspektiven in der sicherheitspolitischen  
58 Debatte systematisch berücksichtigt und gestärkt werden?
- 59 • Welche sozialen, ökonomischen und strukturellen Auswirkungen haben  
60 Dienstpflichten auf Bildungs-, Erwerbs- und Lebensbiografien junger  
61 Menschen – insbesondere in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und  
62 vielfältige Lebensrealitäten?
- 63 • Wie sehen gute Rahmenbedingungen für junge Menschen in Wehr- und  
64 Ersatzdiensten aus?
- 65 • Wie sehen Gelingensfaktoren ziviler Ersatzdienste aus?
- 66 • Wie kann die Unterstützung junger Menschen in (Pflicht-)Diensten unter  
67 Berücksichtigung der Jahrzehntelangen guten Erfahrung in den  
68 Freiwilligendiensten hinsichtlich wirksamer pädagogischer Konzepte,  
69 mentaler Gesundheit, seelsorgliche Unterstützung, politischer Bildung und  
70 beruflicher Orientierung weiterentwickelt werden?
- 71 • Wie kann sichergestellt werden, dass der Kriegsdienst aus Gewissensgründen  
72 einfach und ohne hohe Hürden verweigert werden kann?

- Wie kann eine gesamtgesellschaftliche Resilienz sichergestellt werden?

[1] Vgl. Frieden fördern und gestalten-Friedensethische und sicherheitspolitische Grundlagen des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend ([https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/7/7-10\\_Frieden\\_foerdern.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/7/7-10_Frieden_foerdern.pdf)); Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken

([https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/7/7.18\\_Menschen\\_schuetzen\\_Gewalt\\_ueberwinden.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/7/7.18_Menschen_schuetzen_Gewalt_ueberwinden.pdf))

[2] Vgl. Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes

([https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.101\\_Rechtsanspruch\\_auf\\_Foerderung\\_eines\\_Freiwiliigendienstes.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.101_Rechtsanspruch_auf_Foerderung_eines_Freiwiliigendienstes.pdf))

[3] Vgl. Kinder- und Jugendgerechte Gesellschaftsvision des BDKJ

([https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.103\\_Kinder-\\_und\\_Jugendgerechte\\_Gesellschaftsvision\\_des\\_BDKJ.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.103_Kinder-_und_Jugendgerechte_Gesellschaftsvision_des_BDKJ.pdf))

[4] Vgl. Freiwilligendienste 2030 - Vision für eine Kultur selbstverständlicher Freiwilligkeit ([https://bak-fsj.de/wp-content/uploads/2024/12/Freiwilligendienste-Positionen\\_1224.pdf](https://bak-fsj.de/wp-content/uploads/2024/12/Freiwilligendienste-Positionen_1224.pdf))

[5] Vgl. Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes

([https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.101\\_Rechtsanspruch\\_auf\\_Foerderung\\_eines\\_Freiwiliigendienstes.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/Dokumente/Beschluesse/3/3.101_Rechtsanspruch_auf_Foerderung_eines_Freiwiliigendienstes.pdf))

[6] Vgl. Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln - Perspektiven für alle jungen Menschen schaffen

([https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bilder/HV/Hauptversammlung\\_2019/BESCHLUSS\\_Frieden\\_ist\\_mehr\\_wert.pdf](https://www.bdkj.de/fileadmin/bdkj/bilder/HV/Hauptversammlung_2019/BESCHLUSS_Frieden_ist_mehr_wert.pdf))

[7] Vgl. „aktion kaserne“ – eine Initiative der Mitgliedsverbände im Bund der deutschen katholischen Jugend (BDKJ) (Beschluss der Bundeskonferenz der Mitgliedsverbände am 4.5.2012); mehr zur Aktion Kaserne unter

<https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne>

## **Begründung**

Als Bundesvorstand sind wir überzeugt mit dieser alternativen Antragsversion die Lobbyarbeit des BDKJ besser zu unterstützen und halten es für sinnvoll einen Prozess der innerverbandlichen Außereinandersetzung zu starten.

## Antrag

### DA1 - NEU Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

**Antragssteller\*innen:** KjG, KLJB, Kolpingjugend, DV Limburg (dort beschlossen am: 04.11.2025)

#### Antragstext

1 Angesichts der Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die  
2 Ukraine und die damit einhergehende akute Bedrohung des Friedens in Europa  
3 eingeleitet wurde, sowie mit Blick auf die zunehmend volatile weltpolitische  
4 Lage, geraten Fragen der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik  
5 verstärkt in den Fokus<sup>[1]</sup>. Hinzu kommen autoritäre und militärische Dynamiken  
6 sowie ein spürbarer Rechtsruck in vielen Teilen Europas, die den  
7 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte massiv  
8 herausfordern<sup>[2]</sup>. In dieser Situation wird die Debatte um die Reaktivierung der  
9 allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen  
10 Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt<sup>[3]</sup>.

11 Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht  
12 sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen  
13 Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir  
14 bekräftigen unsere friedensethische Haltung, dass Sicherheit, Frieden und  
15 gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch  
16 freiwilliges, wertorientiertes Engagement, politische Beteiligung und  
17 demokratische Bildung entstehen.

18 Wir fordern daher die Stärkung freiwilliger Engagementmöglichkeiten aller  
19 gesellschaftlicher Bereiche in strukturellen, pädagogischen und finanziellen  
20 Aspekten. Das bedeutet für uns konkret:

#### 21 **1. Freiwilligkeit statt Pflicht.**

22 Junge Menschen dürfen nicht zu einem Dienst gezwungen werden. Ein  
23 allgemeiner Pflichtdienst, unabhängig, ob militärisch oder zivil, ist ein  
24 tiefer Eingriff in die Grund- und Freiheitsrechte und widerspricht unserer  
25 Vorstellung einer selbstbestimmten und solidarischen Gesellschaft. Er  
26 würde junge Menschen entmündigen, anstatt sie zu befähigen, freiwillig  
27 Verantwortung zu übernehmen. Eine Musterung darf zudem nur dann erfolgen,  
28 wenn eine Person grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein  
29 Losverfahren lehnen wir klar ab.

#### 30 **2. Stärkung der Freiwilligendienste.**

31 Die Jugendverbände und Freiwilligendienste zeigen seit Jahrzehnten, dass

32 Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht. Der Bund muss  
33 bestehende Freiwilligendienste (wie FSJ, FÖJ, IJFD, BFD) und deren Träger  
34 strukturell, finanziell und rechtlich absichern. Dazu gehört ein  
35 gesetzlicher Rechtsanspruch auf Förderung jeder abgeschlossenen  
36 Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen, Trägern und  
37 Einsatzstellen und eine staatliche Vergütung mindestens auf BAföG-Niveau,  
38 um soziale Hürden abzubauen[4]. Wir schließen uns der Forderung nach einem  
39 Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an. Freiwilliges Engagement darf keine  
40 Frage des Einkommens oder der sozialen Herkunft sein, um soziale Hürden  
41 abzubauen[5].

### 42 **3. Politische Verantwortung und Beteiligung.**

43 Junge Menschen und ihre Verbände müssen unverzüglich, dauerhaft und  
44 ernsthaft in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre  
45 Lebensrealitäten betreffen. Es muss mit jungen Menschen gesprochen und  
46 ihre Meinung ernst genommen werden. Das gilt in der aktuellen Debatten um  
47 die Reaktivierung des Wehrdiensts und den verpflichteten Ersatzdiensten  
48 besonders. Wir fordern daher die Absenkung des Wahlalters und das  
49 Zusprechen des aktiven Wahlrechts für junge Menschen[6]. Darüber hinaus  
50 müssen Jugendverbände als zentrale Orte demokratischer Bildung und  
51 Friedenserziehung gefördert und in politische Prozesse einbezogen werden.  
52 Hier benötigt es Beteiligungsmaßnahmen, mittels derer Kinder, Jugendliche  
53 und junge Menschen aktiv Einfluss nehmen können. Die Positionierungen von  
54 Jugendverbänden sowie deren Stellungnahmen im Rahmen der  
55 Verbändebeteiligung im Gesetzgebungsverfahren müssen in den politischen  
56 Entscheidungen Einfluss finden.

### 57 **4. Notwendige Begleitstrukturen.** Psychologische und sozialpädagogische 58 Begleitstrukturen müssen ein zentrales Element für Menschen in 59 Freiwilligendiensten sein. Dafür müssen die bestehenden Anlaufstellen und 60 Träger systematisch unterstützt und ausgebaut werden. Ebenso braucht es 61 diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie wirksame 62 Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

63 Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt,  
64 formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die  
65 Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht.  
66 Denn dann muss sie möglichst gerecht, freiheitswahrend und verantwortungsvoll  
67 ausgestaltet sein. Das bedeutet für uns konkret:

### 68 **5. Gleichwertigkeit von militärischem und zivilem Dienst.**

69 Die militärischen und zivilen Dienste müssen finanziell, strukturell und  
70 gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt sein. Hierbei  
71 bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize für einen Dienst  
72 nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus sozioökonomisch  
73 schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt werden. Jede  
74 Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig finanzieller

75 Hintergründe und ungleicher Chancen.

76 Daher bekennt sich der BDKJ grundsätzlich zu einem Dreisäulenmodell.  
77 Dieses Modell betrachtet Freiwilligendienste (basierend auf den  
78 geforderten Rahmenbedingungen eines Rechtsanspruchs) und den Wehrdienst  
79 neben anderen Formen institutionalisierten Ehrenamts als gleichwertig  
80 ausgestaltete Säulen des Engagements, zwischen denen junge Menschen  
81 gleichberechtigt wählen können. Einen Wehersatzdienst in Form eines  
82 Zivildiensts als weiteres Format braucht es in diesem Modell nicht.  
83 Zur Gleichwertigkeit zählt auch, dass die Anschreiben an junge Menschen  
84 nicht nur über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso  
85 umfassend über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf  
86 diese verweisen. Nur dies schafft eine echte Wahlfreiheit zwischen den  
87 Diensten, die im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus des Klassismus  
88 unbedingt ermöglicht werden muss. Darüber hinaus werden bereits geleistete  
89 Dienste und ehrenamtliches Engagement in angemessener Form berücksichtigt  
90 und anerkannt.

#### 91 **6. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.**

92 Ein Wehrdienst müsste geschlechtergerecht und diskriminierungsfrei  
93 ausgestaltet werden. Modelle, die ausschließlich junge Männer erfassen,  
94 verstoßen gegen unsere Haltung zu Geschlechtergerechtigkeit sowie aus  
95 unserer Sicht gegen Artikel 3 des Grundgesetzes. Daher lehnen eine  
96 Verpflichtung auf Grundlage des Geschlechts entschieden ab und fordern  
97 stattdessen freiwillige, diskriminierungsfreie Beteiligungsmöglichkeiten  
98 für alle Geschlechter. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet dabei nicht,  
99 alle gleich zu behandeln, sondern die unterschiedlichen Lebensrealitäten  
100 und Belastungen von Menschen gerecht zu berücksichtigen. Dazu gehört auch,  
101 dass alle Verfahren – von den Fragebögen, über die Musterung bis hin zu  
102 Auswahlprozessen – geschlechtsneutral, diskriminierungsfrei und inklusiv  
103 gestaltet werden.

#### 104 **7. Generationengerechtigkeit.**

105 Es ist unfair und unsolidarisch, gesellschaftliche Herausforderungen und  
106 Krisen allein in die Verantwortung und Kompensation der jungen  
107 Generationen zu legen, wie es bereits in vergangenen Krisen<sup>[7]</sup> geschehen  
108 ist. Generationengerechtigkeit muss Kompass politischer Verantwortung  
109 sein<sup>[8]</sup>. Sie bedeutet für uns, Verantwortung für Sicherheit, Freiheit und  
110 gesellschaftlichen Zusammenhalt solidarisch über alle Altersgruppen hinweg  
111 zu tragen. Deshalb sollen nicht nur junge Menschen in die Pflicht genommen  
112 werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller Generationen.

#### 113 **8. Notwendige Begleitstrukturen.**

114 Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die  
115 tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen  
116 können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische  
117 Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht

118 auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie  
119 wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.  
120 Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht  
121 zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen  
122 Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.  
123 Als positives Beispiel engagiert sich der BDJ mit der "aktion kaserne"  
124 gezielt für junge Soldat\*innen. Dabei bieten wir politische und ethische  
125 Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform"  
126 stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für  
127 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich  
128 als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil  
129 unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im  
130 militärischen Umfeld.[\[9\]](#)

131 Als überzeugte Christ\*innen und Europäer\*innen halten wir an unseren Zielen und  
132 Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an  
133 Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:  
134 Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung,  
135 Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene.[\[10\]](#) Darüber  
136 hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht- und Militärlogik,  
137 eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und  
138 Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von  
139 Frieden.[\[11\]](#) Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer  
140 Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte,  
141 zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt.  
142 Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische  
143 Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

144 Wir fordern die Mitglieder des deutschen Bundestages, insbesondere den  
145 Bundesverteidigungsminister und den Bundeskanzler dazu auf, die Perspektive  
146 junger Menschen ernst zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen. Wir fordern  
147 die Bundesjugendministerin zudem dazu auf, sich in allen Anliegen, die  
148 insbesondere junge Menschen betreffen, sich für diese einzusetzen und eine  
149 starke Stimme für sie im Bundeskabinett zu sein.

150 Wir fordern die Deutsche Bischofskonferenz auf, ihre im Oktober 2025  
151 beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte[\[13\]](#) verstärkt in die politische  
152 Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven  
153 und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

154 Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten  
155 können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Wenn diese durch die  
156 entsprechenden Rahmenbedingungen[\[14\]](#) gefördert werden, ergeben sich nachhaltige  
157 Anreize für langfristiges freiwilliges gesellschaftliches Engagement.

158 [\[1\]https://www.tagesschau.de/thema/ukraine](https://www.tagesschau.de/thema/ukraine)

159 [\[2\]https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-)

160 [rechtsruck-100.html](#); <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus->  
161 [rechtsruck-100.html](#);

162 [\[3\]https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U](#);  
163 <https://www.tagesschau.de/thema/wehrpflicht>

164 [\[4\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
165 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

166 [\[5\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
167 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

168 [\[6\]](#) „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
169 der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-  
170 Hauptversammlung 2019.

171 [\[7\]](#) Wie z.B. der Corona-Pandemie oder der Klimakrise, vermehrte Belastung des  
172 Generationenvertrags durch den demografischen Wandel.

173 [\[8\]](#) „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
174 der BDKJ-Hauptversammlung von 2025.

175 [\[9\]https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne](#)

176 [\[10\]](#) „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDKJ-  
177 Hauptversammlung 2016.

178 [\[11\]](#) „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln –  
179 Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung  
180 2019.

181 [\[12\]](#) „Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken“,  
182 Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.

183 [\[13\]https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2025/2025-](#)  
184 [167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf](#)

185 [\[14\]](#) „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
186 BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Ehrenamt anerkennen – Engagement fördern und  
187 würdigen“, Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2017.

## **Begründung**

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird seit Frühjahr 2025 wieder intensiv politisch diskutiert. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der eine verpflichtende Wehrerfassung ab 2026 und eine Musterung ab 2027 vorsieht. Die Union hat nun sogar die Debatte um einen sofortigen Pflichtdienst ohne freiwilligen Faktor neu aufgewärmt. Diese Entwicklung stellt einen massiven jugendpolitischen Rückschritt dar und verlangt eine klare Positionierung des BDKJ. Kritiker\*innen und Befürworter\*innen betonen, dass viele Weichenstellungen noch 2025 fallen werden. Außerdem erhalten bereits jetzt der BDKJ und seine Mitgliedsverbände zunehmend Nachfragen zu diesem Thema.

Der letzte Beschluss zur Wehrpflicht stammt aus dem Jahr 2002. Er forderte bereits damals die Aussetzung

der Wehrpflicht aus jugend- und friedenspolitischen Gründen. Die damaligen Argumente, wie eingeschränkte Grundrechte, fehlende Wehrgerechtigkeit und das Ende der sicherheitspolitischen Bedrohungslage, sind bis heute gültig. Sie müssen jedoch im Lichte neuer Herausforderungen fortgeschrieben werden.

### **1. Freiwilligkeit als Grundlage jugendgerechter Gesellschaft**

Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von Eigenverantwortung, Solidarität und Demokratie. Diese Werte stehen im Zentrum der Jugendverbandsarbeit. Ein Pflichtdienst, ob militärisch oder zivil, widerspricht dieser Logik. Er entmündigt junge Menschen, anstatt sie zu befähigen, Verantwortung freiwillig zu übernehmen. Die Jugendverbände zeigen seit Jahrzehnten, dass Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht.

### **2. Friedens- und sicherheitspolitische Perspektive**

Friedens- und Konfliktforschung betonen, dass dauerhafte Sicherheit nicht durch Zwang und Militarisierung, sondern durch Prävention, Diplomatie, Bildung und soziale Gerechtigkeit entsteht. Friedenssicherung bedeutet, Ursachen von Konflikten (Armut, Ungleichheit, Klimakrisen, Diskriminierung) zu bekämpfen, anstatt militärisch zu reagieren. Der BDJ steht für eine zivile Sicherheitspolitik, die auf internationale Kooperation, Versöhnung und Menschenrechte setzt.

### **3. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit**

Ein Modell, das nur junge Männer erfasst, widerspricht den Grundwerten der Gleichberechtigung. Eine Ausweitung auf alle Geschlechter würde jedoch die Freiheitsrechte aller jungen Menschen massiv einschränken. Der BDJ lehnt beides ab und fordert gleichstellungspolitisch konsequente Alternativen: Freiwilligendienste, politische Bildung und Engagementförderung.

### **4. Freiwilligendienste als gelebte Solidarität**

Die Freiwilligendienste leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung, sozialen Gerechtigkeit und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie sind die friedliche, solidarische Alternative zur Wehrpflicht. Ein Rechtsanspruch auf Förderung und eine sozial gerechte Finanzierung sind notwendig, damit alle jungen Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft teilnehmen können.

### **5. Jugendgerechtigkeit und Teilhabe**

Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft nimmt die Perspektiven junger Menschen ernst. Sie schafft Freiräume statt Zwänge, fördert Bildung statt Musterung und setzt auf Engagement statt Pflicht. Junge Menschen sind Friedensakteur\*innen – keine Ressource für sicherheitspolitische Symbolpolitik.

## Antrag

# Hauptausschuss Sicherung Freiwilligkeit stärken – keine Rückkehr zur Wehrpflicht

**Antragssteller\*innen:** KjG, KLJB, Kolpingjugend, DV Limburg

## Antragstext

1 Angesichts der Zeitenwende, die durch den russischen Angriffskrieg gegen die  
2 Ukraine und die damit einhergehende akute Bedrohung des Friedens in Europa  
3 eingeleitet wurde, sowie mit Blick auf die zunehmend volatile weltpolitische  
4 Lage, geraten Fragen der nationalen und europäischen Sicherheitspolitik  
5 verstärkt in den Fokus<sup>[1]</sup>. Hinzu kommen autoritäre und militärische Dynamiken  
6 sowie ein spürbarer Rechtsruck in vielen Teilen Europas, die den  
7 gesellschaftlichen Zusammenhalt und die demokratischen Werte massiv  
8 herausfordern<sup>[2]</sup>. In dieser Situation wird die Debatte um die Reaktivierung der  
9 allgemeinen Wehrpflicht und die Einführung eines zivilen oder sozialen  
10 Pflichtdienstes in Deutschland wieder mit großer Intensität geführt<sup>[3]</sup>.

11 Die Hauptversammlung des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) spricht  
12 sich innerhalb dieser Debatte gegen eine Reaktivierung der allgemeinen  
13 Wehrpflicht und gegen jede Form von zivilem oder sozialem Pflichtdienst aus. Wir  
14 bekräftigen unsere friedensethische Haltung, dass Sicherheit, Frieden und  
15 gesellschaftlicher Zusammenhalt nicht durch Pflichtdienste, sondern durch  
16 freiwilliges, wertorientiertes Engagement, politische Beteiligung und  
17 demokratische Bildung entstehen.

18 Notwendige Verteidigungsfähigkeit ist ohne Wehrpflicht möglich: Es gibt andere  
19 Staaten, Modelle und Expertisen, die zeigen: Eine ausreichend starke und  
20 leistungsfähige Bundeswehr lässt sich u.a. auch durch Freiwillige, Reservisten,  
21 bessere Anreize, Gehälter und Ausstattung aufbauen.

22 Wir setzen uns für eine starke und resiliente Gesellschaft ein. Dazu gehört für  
23 uns die Stärkung von freiwilligen Engagement in Zivilgesellschaft,  
24 Katastrophenschutz und auch in der Bundeswehr. In der aktuellen Debatte sind uns  
25 folgende Aspekte wichtig:

### 1. **Freiwilligkeit statt Pflicht.**

26 Junge Menschen dürfen nicht zu einem Dienst gezwungen werden. Ein  
27 allgemeiner Pflichtdienst, unabhängig, ob militärisch, in  
28 zivilgesellschaftlichen Diensten oder Hilfsorganisationen (sogenannte  
29 Blaulichtorganisationen), ist ein tiefer Eingriff in die Grund- und  
30 Freiheitsrechte und widerspricht unserer Vorstellung einer  
31 selbstbestimmten und solidarischen Gesellschaft. Er würde junge Menschen  
32  
33

34 entmündigen, anstatt sie zu befähigen, freiwillig Verantwortung zu  
35 übernehmen. Eine Musterung darf zudem nur dann erfolgen, wenn eine Person  
36 grundsätzlich bereit ist, den Wehrdienst anzutreten. Ein Losverfahren  
lehnen wir klar ab.

## 37 2. **Stärkung der Freiwilligendienste.**

38 Die Jugendverbände und Freiwilligendienste zeigen seit Jahrzehnten, dass  
39 Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht. Der Bund und  
40 die Länder müssen bestehende Freiwilligendienste (wie FSJ, FÖJ, IJFD, BFD,  
41 weltwärts) und deren Träger strukturell, finanziell und rechtlich  
42 absichern. Dazu gehört ein gesetzlicher Rechtsanspruch auf Förderung jeder  
43 abgeschlossenen Freiwilligendienstvereinbarung zwischen Freiwilligen,  
44 Trägern und Einsatzstellen und ein staatlich finanziertes Freiwilligengeld  
45 mindestens auf BAföG-Niveau, um soziale Hürden abzubauen[4]. Wir schließen  
46 uns der Forderung nach einem Freiwilligendienste-Stärkungsgesetz an.  
47 Freiwilliges Engagement darf keine Frage des Einkommens oder der sozialen  
48 Herkunft sein, um soziale Hürden abzubauen[5]. **Zur Gleichwertigkeit dieser  
49 Engagementformen zählt zudem, dass Anschreiben an junge Menschen nicht nur  
50 über den Dienst in der Bundeswehr informieren, sondern ebenso umfassend  
51 über alle zivilen Engagementmöglichkeiten aufklären und auf diese  
52 verweisen. Nur so entsteht echte Wahlfreiheit zwischen den Diensten, die  
53 im Sinne der Selbstbestimmung und des Abbaus von Klassismus unbedingt  
54 gewährleistet werden muss.**

## 55 3. **Politische Verantwortung und Beteiligung**

56 Junge Menschen und ihre Verbände müssen dauerhaft, verbindlich und wirksam  
57 in alle politischen Prozesse einbezogen werden, die ihre Gegenwart und  
58 Zukunft betreffen. Dies beinhaltet, mit jungen Menschen zu sprechen, ihre  
59 Perspektiven ernst zu nehmen und sie systematisch an politischen  
60 Entscheidungen zu beteiligen. Das gilt in aktuellen Debatten um Wehrdienst  
61 den Wehrdienst besonders.

62  
63 Wir fordern deshalb die Absenkung des Wahlalters für junge Menschen[6], um  
64 politische Teilhabe strukturell zu sichern. Darüber hinaus müssen  
65 Jugendverbände als zentrale Ort demokratischer Bildung, Mitbestimmung und  
66 Friedenserziehung gefördert und systematisch in politische Prozesse  
67 eingebunden werden.

68  
69 Dafür braucht es verbindliche Beteiligungsmechanismen, die sicherstellen,  
70 dass Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene aktiv Einfluss auf  
71 politische Entscheidungen nehmen können. Die Positionierungen und  
72 Stellungnahmen von Jugendverbänden – insbesondere im Rahmen der  
73 Verbändebeteiligung bei Gesetzgebungsverfahren – müssen spürbar  
74 berücksichtigt werden. Nur so wird Beteiligung zur gelebten Demokratie und  
junge Menschen werden als gleichberechtigte politische Akteur\*innen  
anerkannt.

75 **4. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit.**

76 Engagement-, sicherheits- und sozialpolitische Diskurse müssen nicht nur  
77 zusammengedacht, sondern so gestaltet werden, dass feministische  
78 Perspektiven systematisch einbezogen und gestärkt werden. In den Debatten  
79 um Wehrdienst ist daher zu berücksichtigen, welche sozialen, ökonomischen  
80 und strukturellen Auswirkungen solche Modelle auf Bildungs- und  
81 Erwerbsbiografien sowie Lebensverläufe junger Menschen haben –  
82 insbesondere im Hinblick auf Geschlechtergerechtigkeit. Dabei bedeutet  
83 Geschlechtergerechtigkeit nicht, alle gleich zu behandeln, sondern die  
84 unterschiedlichen Lebensrealitäten, Chancen und Belastungen von Menschen  
85 gerecht zu berücksichtigen.

86 **5. Notwendige Begleitstrukturen.** Psychologische, seelsorgliche,  
87 berufsvorbereitende und sozialpädagogische Begleitstrukturen müssen ein  
88 zentrales Element für Menschen in allen Dienstesein. Dafür müssen die  
89 bestehenden Anlaufstellen und Träger systematisch unterstützt und  
90 ausgebaut werden. Hierzu gehört ebenso der Ausbau von diskriminierungs- und  
91 rassismussensible Strukturen sowie wirksame Präventions- und  
92 Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.

93 **Trotz unserer klaren Haltung, die Pflichtdienste grundsätzlich ablehnt,**  
94 **formulieren wir aufgrund der aktuellen Debatte zusätzliche Forderungen an die**  
95 **Bundesregierung für den Fall einer Reaktivierung der allgemeinen Wehrpflicht. In**  
96 **diesem Fall muss deren Ausgestaltung möglichst gerecht, freiheitswährend und**  
97 **verantwortungsvoll erfolgen. Unsere Position gründet auf einer über 70jährigen**  
98 **Befassung mit friedensehntischen Fragestellungen sowie einer jahrezehntelangen**  
99 **Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen und militärischen Diensten aus**  
100 **jugend- und gesellschaftspolitischer Perspektive. Vor diesem Hintergrund haben**  
101 **wir eine klare Haltung entwickelt. Folgende Aspekte müssen in der aktuellen**  
102 **Debatte Berücksichtigung finden:**

103 **5. Gleichwertigkeit** aller Dienste.

104 Alle Dienste in zivilgesellschaftlichen, militärischen sowie die  
105 Helfendienste (sogenannte Blaulichtorganisationen) müssen finanziell,  
106 strukturell und gesellschaftlich gleichwertig ausgestattet und anerkannt  
107 werden. Hierbei bedeutet die finanzielle Gleichwertigkeit, dass Anreize  
108 für einen Dienst nicht so ausgestaltet sein dürfen, dass Menschen aus  
109 sozioökonomisch schwachen Haushalten faktisch in einen Dienst gedrängt  
110 werden. Jede Entscheidung muss frei getroffen werden können – unabhängig  
111 finanzieller Hintergründe und ungleicher Chancen.

112 **Da ein möglicher Ersatzdienst – sei es nun ein reaktivierter “alter**  
113 **Zivildienst” oder ein neues Format – von den zivilgesellschaftlichen**  
114 **Strukturen maßgeblich umgesetzt werden müsste und unabhängig davon**  
115 **Auswirkungen auf die etablierten Freiwilligendienstformate haben würde,**  
116 **sind aus verbandlicher Sicht folgende Aspekte zu berücksichtigen: Es**  
117 **sollte eine differenzierte Auswertung der Erfahrungen des ehemaligen**

118 **Zivildienstes stattfinden. Auch wenn Zivildienstleistende der**  
119 **Wehrüberwachung unterliegen und in einem verpflichtenden Dienstverhältnis**  
120 **stehen, sollte ein künftiger Dienst so ausgestaltet sein, dass**  
121 **gemeinwohlorientierte und unterstützende Tätigkeiten von den**  
122 **Zivildienstleistenden als sinnstiftend wahrgenommen werden. Die in den**  
123 **Freiwilligendiensten erprobten Elemente der Bildung und Begleitung sollten**  
124 **hier Berücksichtigung finden. Bei den Freiwilligendienstformaten handelt**  
125 **es sich um etablierte Bildungs- und Orientierungsangebote, in denen die**  
126 **Freiwilligen im Zentrum stehen. Diese Formate sind offen für Alle,**  
127 **unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Gesundheit oder körperlichen**  
128 **Voraussetzungen und unterscheiden sich damit zentral vom neuen Wehrdienst**  
129 **sowie einem möglichen Ersatzdienst. Die pädagogische Begleitung ist der**  
130 **Kern dieser Formate und stellt sicher, dass dieses zeitintensive,**  
131 **rechtsverbindliche freiwillige Engagement ein Gewinn hoch drei ist: für**  
132 **die Freiwilligen, die Menschen in den Einrichtungen und die Gesellschaft**  
133 **als Ganzes. Die positiven Aspekte aus den Freiwilligendiensten sind**  
134 **unbedingt zu würdigen und bei der Ausgestaltung eines möglichen**  
135 **Ersatzdienstes mit einzubeziehen. Grundsätzlich müssen die Bedarfe junger**  
136 **Menschen Berücksichtigung finden. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass es**  
137 **keine negativen Effekte gibt wie etwa:**

- 138 • die Verdrängung gewissen Personengruppen aus dem BFD, da Plätze für  
139 Zivildienstleistende vorgehalten werden müssen. Darunter zählen  
140 insbesondere junge Frauen, Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit,  
141 ältere Freiwillige oder von ausgemusterten jungen Männern,
- 142 • fehlende Anerkennung und Wertschätzung (materiell, immateriell sowie die  
143 sozioökonomische Absicherung) für zivilgesellschaftliche Dienste,
- 144 • eine Entwertung von sozialen Arbeitsfeldern, etwa weil  
145 Zivildienstleistende als nicht an den Mindestlohn gebundene Hilfskräfte  
146 eingesetzt werden,
- 147 • Verdrängung der Vielfalt an aktuellen Einsatzfeldern in den  
148 Freiwilligendiensten – beispielsweise in den Bereichen Kultur, Sport und  
149 Umwelt. Ein Großteil dieser potenziellen Negativ-Effekte kann durch die  
150 Umsetzung der drei Forderungen des Konzepts der Vision 2030 abgedeckt  
151 werden. [\[4\]](#)

## 152 **6. Generationengerechtigkeit.**

153 Gesellschaftliche Herausforderungen und Krisen erfordern gemeinsames  
154 Handeln und Solidarität über alle Altersgruppen hinweg. Es darf nicht  
155 allein an jungen Menschen liegen, Verantwortung zu übernehmen und die  
156 Folgen politischer oder gesellschaftlicher Krisen zu kompensieren, wie es  
157 in der Vergangenheit schon der Fall war [6]. **Generationengerechtigkeit**  
158 muss Kompass politischer Verantwortung sein. Dies bedeutet, Sicherheit,  
159 Freiheit und gesellschaftlichen Zusammenhalt solidarisch über alle

160 Altersgruppen hinweg zu tragen. Deshalb sollen nicht nur junge Menschen in  
161 die Pflicht genommen werden. Friedenssicherung ist die Verantwortung aller  
162 Generationen.

## 163 7. Notwendige Begleitstrukturen.

164 Im militärischen Dienst sind Menschen mit Situationen konfrontiert, die  
165 tief in die persönliche Ethik, Psyche und Lebensperspektive eingreifen  
166 können. Deshalb müssen psychologische und sozialpädagogische  
167 Begleitstrukturen ein zentraler Bestandteil des Diensts sein. Es braucht  
168 auch hier diskriminierungs- und rassismussensible Strukturen sowie  
169 wirksame Präventions- und Schutzkonzepte gegen sexualisierte Gewalt.  
170 Besonders hervorzuheben ist in diesem Kontext, dass junge Menschen nicht  
171 zu Tätigkeiten verpflichtet werden dürfen, die ihrer psychischen  
172 Gesundheit schaden oder Diskriminierung oder Traumatisierungen fördern.  
173 Als positives Beispiel engagiert sich der BDkJ mit der "aktion kaserne"  
174 gezielt für junge Soldat\*innen. Dabei bieten wir politische und ethische  
175 Bildungsangebote an, die das Leitbild des "Staatsbürgers in Uniform"  
176 stärken. Zudem unterstützen wir sie dabei, Möglichkeiten für  
177 ehrenamtliches Engagement im Rahmen der Streitkräfte wahrzunehmen und sich  
178 als Vertrauenspersonen zu qualifizieren. Dieses Engagement ist Teil  
179 unseres Beitrags zur Stärkung der ethischen und sozialen Begleitung im  
180 militärischen Umfeld.[\[9\]](#)

181 Als überzeugte Christ\*innen und Europäer\*innen halten wir an unseren Zielen und  
182 Werten fest, die wir in vielen Beschlüssen und detaillierten Forderungen an  
183 Politik und Gesellschaft zum Ausdruck gebracht haben:

184 Konflikte werden nicht durch Aufrüstung gelöst, sondern durch Entwaffnung,  
185 Rüstungsexportkontrollen, sowie Perspektivangebote für Betroffene.[\[10\]](#) Darüber  
186 hinaus ist neben einer Sicherheitspolitik jenseits von Macht- und Militärlogik,  
187 eine gezielte Stärkung von Krisenprävention, humanitärer Hilfe sowie Bildung und  
188 Entwicklungszusammenarbeit essenziell zur Erhaltung und zum Wiederaufbau von  
189 Frieden.[\[11\]](#) Und auch angesichts wachsender autoritärer und militärischer  
190 Dynamiken ist eine friedensethische Weiterentwicklung nötig, die Menschenrechte,  
191 zivile Konfliktbearbeitung und nachhaltige Friedensordnung ins Zentrum stellt.  
192 Diplomatie und Friedensarbeit müssen vorrangig genutzt werden und militärische  
193 Verteidigung darf nur als letztes Mittel gewählt werden.[\[12\]](#)

194 Wir fordern die Mitglieder des deutschen Bundestages, insbesondere den  
195 Bundesverteidigungsminister und den Bundeskanzler dazu auf, die Perspektive  
196 junger Menschen ernst zu nehmen und entsprechend zu berücksichtigen. Wir fordern  
197 die Bundesjugendministerin zudem dazu auf, sich in allen Anliegen, die  
198 insbesondere junge Menschen betreffen, sich für diese einzusetzen und eine  
199 starke Stimme für sie im Bundeskabinett zu sein.

200 Wir fordern die Deutsche Bischofskonferenz auf, ihre im Oktober 2025  
201 beschlossene Erklärung zur Wehrdienstdebatte[\[13\]](#) verstärkt in die politische  
202 Diskussion einzubringen und sich entsprechend für friedensethische Perspektiven

203 und die Rechte junger Menschen einzusetzen.

204 Wir sind davon überzeugt, dass junge Menschen ihr volles Potenzial entfalten  
205 können, wenn sie sich aus eigenem Antrieb engagieren. Wenn diese durch die  
206 entsprechenden Rahmenbedingungen<sup>[14]</sup> gefördert werden, ergeben sich nachhaltige  
207 Anreize für langfristiges freiwilliges gesellschaftliches Engagement.

208 <sup>[1]</sup><https://www.tagesschau.de/thema/ukraine>

209 <sup>[2]</sup>[https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html)  
210 [rechtsruck-100.html](https://www.deutschlandfunk.de/rechtspopulismus-rechtsextremismus-europa-rechtsruck-100.html); [https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html)  
211 [rechtsruck-100.html](https://www.tagesschau.de/ausland/europa/eu-populismus-rechtsruck-100.html);

212 <sup>[3]</sup><https://www.youtube.com/watch?v=Si3oSLYS60U>;  
213 <https://www.tagesschau.de/thema/wehrpflicht>

214 <sup>[4]</sup> „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
215 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

216 <sup>[5]</sup> „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
217 BDKJ-Hauptversammlung 2024.

218 <sup>[6]</sup> „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
219 der BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Jugend beteiligen jetzt!“, Beschluss der BDKJ-  
220 Hauptversammlung 2019.

221 <sup>[7]</sup> Wie z.B. der Corona-Pandemie oder der Klimakrise, vermehrte Belastung des  
222 Generationenvertrags durch den demografischen Wandel.

223 <sup>[8]</sup> „Generationengerechtigkeit als Kompass politischer Verantwortung“, Beschluss  
224 der BDKJ-Hauptversammlung von 2025.

225 <sup>[9]</sup><https://www.bdkj.de/aktionen/aktion-kaserne>

226 <sup>[10]</sup> „Kinder und Jugendliche wollen Frieden, keine Waffen“, Beschluss der BDKJ-  
227 Hauptversammlung 2016.

228 <sup>[11]</sup> „Frieden ist mehr wert! Frieden und Sicherheit weiterentwickeln –  
229 Perspektive für alle Menschen schaffen“, Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung  
230 2019.

231 <sup>[12]</sup> „Menschen schützen – Gewalt überwinden – Frieden nachhaltig stärken“,  
232 Beschluss der BDKJ-Hauptversammlung 2023.

233 <sup>[13]</sup>[https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse\\_downloads/presse\\_2025/2025-](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf)  
234 [167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf](https://www.dbk.de/fileadmin/redaktion/diverse_downloads/presse_2025/2025-167a-Erklaerung-zur-Debatte-um-den-Wehrdienst-Wortlaut.pdf)

235 <sup>[14]</sup> „Rechtsanspruch auf Förderung eines Freiwilligendienstes“, Beschluss der  
236 BDKJ-Hauptversammlung 2024; „Ehrenamt anerkennen – Engagement fördern und  
237 würdigen“, Beschluss der DBJR-Vollversammlung 2017.

## **Begründung**

Die Wiedereinführung der Wehrpflicht wird seit Frühjahr 2025 wieder intensiv politisch diskutiert. Das Bundeskabinett hat einen Gesetzesentwurf beschlossen, der eine verpflichtende Wehrrfassung ab 2026 und eine Musterung ab 2027 vorsieht. Die Union hat nun sogar die Debatte um einen sofortigen Pflichtdienst ohne freiwilligen Faktor neu aufgewärmt. Diese Entwicklung stellt einen massiven jugendpolitischen Rückschritt dar und verlangt eine klare Positionierung des BDKJ. Kritiker\*innen und Befürworter\*innen betonen, dass viele Weichenstellungen noch 2025 fallen werden. Außerdem erhalten bereits jetzt der BDKJ und seine Mitgliedsverbände zunehmend Nachfragen zu diesem Thema.

Der letzte Beschluss zur Wehrpflicht stammt aus dem Jahr 2002. Er forderte bereits damals die Aussetzung der Wehrpflicht aus jugend- und friedenspolitischen Gründen. Die damaligen Argumente, wie eingeschränkte Grundrechte, fehlende Wehrgerechtigkeit und das Ende der sicherheitspolitischen Bedrohungslage, sind bis heute gültig. Sie müssen jedoch im Lichte neuer Herausforderungen fortgeschrieben werden.

### **1. Freiwilligkeit als Grundlage jugendgerechter Gesellschaft**

Freiwilliges Engagement ist Ausdruck von Eigenverantwortung, Solidarität und Demokratie. Diese Werte stehen im Zentrum der Jugendverbandsarbeit. Ein Pflichtdienst, ob militärisch oder zivil, widerspricht dieser Logik. Er entmündigt junge Menschen, anstatt sie zu befähigen, Verantwortung freiwillig zu übernehmen. Die Jugendverbände zeigen seit Jahrzehnten, dass Engagement funktioniert, wenn es auf Freiwilligkeit beruht.

### **2. Friedens- und sicherheitspolitische Perspektive**

Friedens- und Konfliktforschung betonen, dass dauerhafte Sicherheit nicht durch Zwang und Militarisierung, sondern durch Prävention, Diplomatie, Bildung und soziale Gerechtigkeit entsteht. Friedenssicherung bedeutet, Ursachen von Konflikten (Armut, Ungleichheit, Klimakrisen, Diskriminierung) zu bekämpfen, anstatt militärisch zu reagieren. Der BDKJ steht für eine zivile Sicherheitspolitik, die auf internationale Kooperation, Versöhnung und Menschenrechte setzt.

### **3. Gleichbehandlung und Geschlechtergerechtigkeit**

Ein Modell, das nur junge Männer erfasst, widerspricht den Grundwerten der Gleichberechtigung. Eine Ausweitung auf alle Geschlechter würde jedoch die Freiheitsrechte aller jungen Menschen massiv einschränken. Der BDKJ lehnt beides ab und fordert gleichstellungspolitisch konsequente Alternativen: Freiwilligendienste, politische Bildung und Engagementförderung.

### **4. Freiwilligendienste als gelebte Solidarität**

Die Freiwilligendienste leisten einen zentralen Beitrag zur Demokratiebildung, sozialen Gerechtigkeit und Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen. Sie sind die friedliche, solidarische Alternative zur Wehrpflicht. Ein Rechtsanspruch auf Förderung und eine sozial gerechte Finanzierung sind notwendig, damit alle jungen Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft teilnehmen können.

### **5. Jugendgerechtigkeit und Teilhabe**

Eine kinder- und jugendgerechte Gesellschaft nimmt die Perspektiven junger Menschen ernst. Sie schafft Freiräume statt Zwänge, fördert Bildung statt Musterung und setzt auf Engagement statt Pflicht. Junge Menschen sind Friedensakteur\*innen – keine Ressource für sicherheitspolitische Symbolpolitik.